

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Erscheint Freitags. Redaktionsschluß Dienstag mittag. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. Schriftleitung Leipzig, Gerberstraße 48-50

Anzeigenannahme, Verlag, Expedition und Schriftleitung Leipzig, Gerberstraße 48-50. Fernruf 21516. Postscheckk. Leipzig 21690. Berl. Geschäftst.: M. Gonzer, N24, Oranienburger Str. 26 (N10094). Geschäftszeit 10-1, 3-3 Ubr. Tel. nach Geschäftsschl. 26628.

Bezugspreis 90 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich. Anzeigenpreis: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. mm-Textzeile 40 Pf., Fam.-Anzeige mm-Zeile 5 Pf. Platzvorschrift nach bes. Tarif. Inseratenschluß Mittwoch früh

**Kronleuchter
Barthel**

Kranstädter
Steinweg 4



Samuel Ritter, G. m. b. H.
Fernr. 13129 Gegr. 1796 Thomaskirchhof 17

Spezialhaus für
Mineralwässer u. Liqueure
Lieferung prompt frei Haus

**NEUE
LEIPZIGER
ZEITUNG**

**ÜBER
100 000
AUFLAGE**



Chronik der Woche

Ein Referat über die Jerusalemer Bibliothek auf dem Bibliothekartag in Dortmund. Dortmund. In Dortmund fand dieser Tage eine Zusammenkunft der Bibliotheksleiter Deutschlands aus Anlaß der Einweihung der jungen Stadtbibliothek. Unter den Referaten ist auch dasjenige des Professors Dr. Heinrich Loewe von der Preuß-

schen Staatsbibliothek und der Jerusalemer Universitätsbibliothek hervorzuheben. Dr. Loewe schilderte in temperamentvollen Ausführungen den Aufbau der einzigartigen Bibliothek in Jerusalem.

Verhaltung von Streikenden in Palästina. Jerusalem. 22 streikende Arbeiter der Zündholzfabrik „Nur“ in Acre wurden verhaftet, als sie versuchten, arabische Streikbrecher an der Fortführung der Arbeit zu hindern. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei machte diese von ihren Knütteln Gebrauch. In Haifa wurden 30 Kommunisten, die an einer Kundgebung teilnahmen, bei der arabische und jiddische Ansprachen gehalten wurden, verhaftet.

Dr. Weizmann vertritt die Hebräische Universität bei der Jahrhundertfeier der Londoner Universität. London. Am 23. Juni begann in London die für neuntägige Dauer berechnete Feier des hundertjährigen Jubiläums des University College in Anwesenheit des Königspaares. Universitäten der ganzen Welt sind vertreten. Die Hebräische Universität war durch den Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Dr. Chaim Weizmann repräsentiert.

Die deutschen Delegierten für den 15. Zionistenkongreß. Berlin. In einer Beratung der Fraktion des linken Zentrums der Zionisten hielt Dr. Bileski ein Programm-Referat, das durch die Herren Kurt Blumenfeld, Dr. Martin Rosenblüth, Schocken und Feuerling ergänzt wurde. Es wurde eine Kandidatenliste für den 15. Zionistenkongreß aufgestellt. Listenführer sind Kurt Blumenfeld und S. Schocken. In Deutschland bestehen zwei Wahlkreise, 1. Wahlkreis ist Berlin, 2. Leipzig. Man erwartet, daß die deutschen Zionisten 12 Delegierte zum Kongreß entsenden werden.

Der internationale Autorenkongreß für die Begründung eines Hebräischen PEN-Klubs in Palästina. Brüssel. Der Internationale Kongreß der PEN-Klubs, der in dieser Woche unter der Präsidentschaft von John Galsworthy in Brüssel getagt hat, ist soeben zu Ende gegangen. In seiner Schlußsitzung nahm der Kongreß eine Resolution an, in welcher dem Wunsche nach baldiger Begründung eines hebräischen PEN-Klubs in Palästina Ausdruck gegeben wird. Wie berichtet, beschloß der Kongreß, der Errichtung eines jiddischen PEN-Klubs mit dem Hauptsitz in Polen als Teil des internationalen PEN-Klubs zuzustimmen.

Wiederherstellung der Autonomie der jüdischen Gemeinden in Polen. Warschau. In der letzten Sitzung des Ministerrates wurde dem Gesetzprojekt wegen Ausdehnung des bekannten Dekrets des Marschalls Pilsudski bezüglich der Wiederherstellung der Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinden auf alle Teile der polnischen Republik, mit Ausnahme der Wojwodschaften Posen, Schlesien und Pomerellen, zugestimmt. Laut diesem Dekret müssen sich die Selbstverwaltungen der jüdischen Gemeinden bis zu einem Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes konstituieren.

Tagung der Frauenorganisation „Hadassah“ in Atlantic City. Atlantic City. Am 23. Juni begann in Atlantic City die Tagung der amerikanischen jüdischen Frauenorganisation „Hadassah“, die für das Gesundheitswesen in Palästina zu sorgen hat. Ungefähr 500 Delegierte, die 264 Hadassah-Ortsgruppen in ganz Amerika vertreten, waren erschienen. Den Vorsitz führt die Ehrenpräsidentin der Hadassah Miß Henrietta Szold. Es wurde ein Bericht über das Abkommen zwischen Hadassah und der Zionistischen Exekutive betreffend die Reorganisation der Hadassah-Verwaltung gegeben. Wichtige Punkte über die Zukunftsarbeit in Palästina stehen zur Beratung und Beschlußfassung.

Einbürgerung

M. W. Bekanntlich ist der Reichsrat die letzte Instanz für die Entscheidung von Einbürgerungsgesuchen, die von Ausländern, welche in Deutschland leben, beantragt werden. Man kennt den Leidensweg, den ein derartiger Antragsteller zu gehen hat. In den meisten Fällen wird die Sache bereits von der ersten Instanz unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt, wobei dem Antragsteller — wir könnten zahllose Beispiele hierfür anführen, zunächst für die Ablehnung je nach seiner Vermögenslage Beträge bis zu 400 Mark als Gebühren abgeknöpft werden. Ein derartig Abgewiesener pflegt sich alsdann an die nächst höhere Instanz zu wenden, er legt hierauf Einspruch beim Ministerium des Innern ein und muß einen jahrelangen Kampf führen, bis es ihm gelingt, alle Widerstände gegen seine Einbürgerung zu besiegen. Damit ist aber erst der Kampf mit dem Einzelstaat, in dem er lebt, zu Ende geführt. Es folgt alsdann die Aufregung, wie sich, wenn schon der Einzelstaat die Zustimmung zur Einbürgerung gegeben hat, die anderen Staaten des Deutschen Reiches zu dem Verlangen des Antragstellers verhalten werden. In den meisten Fällen werden von Bayern, Thüringen und anderen Staaten „Bedenken“ geäußert und jeder Einzelfall kommt vor den Reichsrat, wo eine hochnotpeinliche Untersuchung angestellt wird, ob diese Bedenken gerechtfertigt sind oder nicht.

Allerdings gilt all das Gesagte nur für die Einbürgerung von Juden. Handelt es sich, wie wir auf Grund zahlreicher persönlicher Erfahrungen feststellen können, um das Gesuch eines rechtsstehenden, christlichen russischen Emigranten oder um das Gesuch eines Italiäners, Spaniers, Engländer usw. allerdings christlicher Religion, dann gelangt ein derartiges Einbürgerungsgesuch nur in den allerseltensten Fällen bis zur höchsten Instanz vor den Reichsrat. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß diese ganze Frage eine jüdische Frage ist. Und wenn man in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen konnte, daß der Reichsrat eine langatmige Debatte über die Formalien der Behandlung von Einbürgerungsanträgen vor dem Reichsrat abgehalten hat, so darf man etwa nicht in den Glauben verfallen, es handle sich in Wirklichkeit um juristische Feinheiten und verwaltungstechnische Probleme. Dieses ganze Für und Wider von Argumenten, dieses Heranwühlen von zahllosen Entscheidungen und Präzedenzfällen, dieser Streit, ob im Reichsrat lediglich eine Abstimmung über die einzelstaatlichen „Bedenken“ oder ein Eingehen auf die Details dieser Bedenken vorgenommen werden soll, ist nichts anderes als ein Kampf gegen die Juden. Mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung und der Uebernahme des Reichsinnenministeriums durch einen deutschnationalen Parteigänger ist nämlich den antisemitischen Gepflogenheiten Bayerns und Thüringens auch im Reiche ein mächtiger Helfer erwachsen. In der Praxis sehen nämlich alle diese Dinge folgendermaßen aus: Von Zeit zu Zeit werden den Regierungen der Einzelstaaten Listen der die Einbürgerung beantragenden Personen übermittelt. Die Einzelstaaten ersparen sich gewöhnlich



Schirme

JULIUS STROBEL

Stöcke

Schirmfabrik — Petersstraße 19

